

Hintergrundpapier zur Studie:

„Politische Raumkultur als Verstärker der Corona-Pandemie? Einflussfaktoren auf die regionale Inzidenzentwicklung in Deutschland in der ersten und zweiten Pandemiewelle 2020“

Autoren

Die interdisziplinäre Forschungsarbeit ist im Rahmen des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) unter Zusammenarbeit eines Wissenschaftlers vom Helmholtz Zentrum München entstanden.

Die Autoren der Studie sind Christoph Richter, Axel Salheiser und Matthias Quent (FGZ-Teilinstitut Jena/Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft), Maximilian Wächter und Jost Reinicke (FGZ-Teilinstitut Bielefeld/Universität Bielefeld/Fakultät für Soziologie) sowie der Epidemiologe Matthias Wjst (Helmholtz Zentrum München).

Veröffentlichung

Die Studie ist in der ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung, die im Barbara Budrich Verlag erscheint, veröffentlicht. Sie ist als Online-First-Version beim Verlag unter dem folgenden Link verfügbar: <https://doi.org/10.3224/zrex.v1i2.01A>

Kurzbeschreibung

In der Studie untersuchten wir, welchen Einfluss die politische Raumkultur auf regionale Unterschiede in den Corona-Inzidenzverläufen der Landkreise ausübt. Dafür analysierten wir die zwei Infektionswellen des Jahres 2020 für die 401 Kreise und kreisfreien Städte. Neben den Daten zum Infektionsgeschehen und Statistiken zum Wahlverhalten bei vergangenen Bundestagswahlen berücksichtigten wir zahlreiche weitere Indikatoren zur demografischen, ökonomischen und sozialen Struktur der einzelnen Kreise. Insgesamt wurden 48 unterschiedliche Merkmale analysiert. Mit sogenannten latenten Wachstumsmodellen war es möglich, den Einfluss der verschiedenen Faktoren auf die An- und Abstiegsphasen der beiden Infektionswellen im Zeitverlauf zu untersuchen, um festzustellen, welche der Merkmale zu unterschiedlichen Zeitpunkten besonders starken Einfluss auf die Anstiege der Fallzahlen hatten.

Vorüberlegungen

Aus zahlreichen Studien ist bekannt, dass die Wähler:innen radikal rechter Parteien demokratischen Institutionen und Normen skeptischer oder ablehnend gegenüberstehen, häufiger Verschwörungserzählungen anhängen und den Regierungen, den öffentlich-rechtlichen Medien und Befunden der Wissenschaft in geringerem Umfang vertrauen. Genau diese Institutionen waren wesentlich in die Bekämpfung der Pandemie involviert. Folglich kann ein geringeres Vertrauen mit einer sinkenden Bereitschaft zur Akzeptanz von Coronaschutzmaßnahmen einhergehen. Tatsächlich zeigen Umfragen, dass beispielsweise unter AfD-Wähler:innen die Corona-Schutzmaßnahmen skeptisch betrachtet werden und die individuelle Bereitschaft zur Befolgung der Maßnahmen deutlich niedriger ausgeprägt ist, als unter den Anhänger:innen anderer Parteien. Diese Befunde legen nahe, dass insbesondere in den Regionen, in denen Parteien der radikalen Rechten starken Zuspruch erfahren, die Bereitschaft zur Akzeptanz der Schutzmaßnahmen niedriger ausgeprägt sein könnte und in der Folge auch die Infektionszahlen möglicherweise stärker ansteigen könnten. An diese Vorüberlegungen knüpfen wir in der Studie an und untersuchen, ob sich ein systematischer Zusammenhang zwischen der Wahl dieser Parteien und steigenden Inzidenzen zeigen lässt, der auch bei Kontrolle einer Vielzahl anderer potenzieller Einflussgrößen (bspw. Altersstruktur, Bevölkerungsdichte, Grenznähe) stabil bleibt.

Zentrale Befunde

1) Höhere Anstiege der Fallzahlen in Regionen mit starkem AfD-Zuspruch

In Regionen, in denen die AfD hohe Wahlerfolge bei der Bundestagswahl 2017 verzeichnen konnte, zeigten sich in beiden Infektionswellen im Jahr 2020 stärkere Infektionsanstiege als in Kreisen mit verhältnismäßig niedrigen AfD-Zweistimmenanteilen. Ein Anstieg des AfD-Wahlergebnisses um einen Prozentpunkt erhöht beispielsweise die durchschnittliche Infektionshöhe in der Anstiegsphase der ersten Welle um 2,2 Prozentpunkte. Damit liegt die Infektionshöhe in einem Kreis mit 20 % AfD-Zweistimmenanteile um 22 Prozentpunkte über einem Kreis mit einem Stimmenanteil von lediglich 10 %.

Der Zusammenhang zwischen AfD-Wahl und Inzidenzanstiegen zeigt sich systematisch – mit Ausnahme der letzten drei Dezemberwochen – in den Anstiegsphasen beider Wellen, sowohl in ost-, wie auch in den westdeutschen Kreisen.

2) Die Effekte zeigen sich nicht bezüglich der anderen Parteien im Bundestag

Ähnliche Zusammenhänge wie zwischen AfD-Wahlergebnissen und Inzidenzen in den Regionen lassen sich für keine der anderen im Bundestag vertretenen Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne, LINKE) finden. Zwar existieren auch für einzelne Zeiträume positive Effekte der Stimmenanteile von anderen Parteien, die aber vergleichsweise schwächer und nicht systematisch – d.h. nicht in den Anstiegsphasen beider Wellen – zu finden sind.

3) Zeitliche Kontinuitäten

Außerdem haben wir analysiert, wie weit diese Effekte zeitlich zurückreichen. Aus anderen Studien ist bekannt, dass die AfD zur Bundestagswahl 2017 besonders in solchen Regionen erfolgreich war, in denen schon in der Vergangenheit stärker Parteien der radikalen Rechte gewählt wurden und in denen Nichtwählendenanteile hoch waren.

Eine Analyse der Zweistimmenanteile radikal rechter Parteien und der Nichtwählendenanteile aus den Bundestagswahlen 2005 und 2013 zeigt: Auch in Regionen, in denen bis zu 17 Jahren zuvor der Anteil an Zweitstimmen radikal rechter Parteien und – in geringerem Umfang – der Anteil an Nichtwählenden höher lagen, stiegen die Inzidenzen im Zuge der Pandemie 2020 signifikant stärker an. Das deutet darauf hin, dass lokale Unterschiede in der politischen Kultur über lange Zeiträume gewachsen sind und sich aktuell auch in der Coronakrise artikulieren.

4) Drittvariablenkontrolle: Werden die Zusammenhänge möglicherweise auch von weiteren Merkmalen (mit-)beeinflusst?

Schließlich haben wir zahlreiche weitere Merkmale, die im Zusammenhang mit dem Infektionsgeschehen stehen, untersucht um herauszufinden, ob sie möglicherweise den Zusammenhang zwischen den AfD-Wahlergebnissen und den Inzidenzanstiegen beeinflussen. Dafür wurden Indikatoren wie die Bevölkerungsdichte, die Altersstruktur, den Stadt-Land-Unterschied, die wirtschaftliche Situation, die Mobilität (Ein- und Auspendler), die Grenznähe, die Anzahl an Pflege-, Schul- und Kinderbetreuungseinrichtungen, die Homeoffice-Quoten, die Erreichbarkeiten (d.h. Nähe zu Autobahnen, Flughäfen, Zentren, Apotheken und Ärzten), Lebenserwartung und Wohnverhältnisse sowie spezifische Wirtschaftsbranchen berücksichtigt. Auch bei Kontrolle dieser Merkmale blieben die Zusammenhänge zwischen AfD-Wahlergebnissen und Inzidenzen bestehen, sodass wir diese Faktoren als mögliche alternative Erklärungen ausschließen konnten.

Zusammenfassung

In unseren Befunden zeigt sich, dass die politische Kultur im Sozialraum einen Erklärungsbeitrag zur Ausbreitung der Corona-Pandemie bieten kann. Aus anderen Studien war bereits bekannt: Pandemieleugnung und „Widerständigkeit“ gegen Corona-Auflagen hängt nachweislich mit Systemdistanz und geringem Vertrauen in staatliche Institutionen zusammen. Daran anknüpfend können wir nachzeichnen, dass ein Zusammenhang zwischen dem Zuspruch zu Parteien der radikalen Rechten und dem Inzidenzgeschehen existiert, der auch gegen eine Vielzahl möglicher Alternativerklärungen besteht. Im Hinblick auf die Datenverfügbarkeit ergeben sich in unserer Studie zwar einige Einschränkungen: So konnten nur Kreis- aber keine Individualdaten (der Messung von Einstellungen, Wahrnehmungen und Beurteilungen) untersucht werden, weshalb Aussagen über individuelle Motive und Zusammenhänge zum Infektionsgeschehen nicht möglich sind. *„Aussagen, dass alle AfD-Wählenden gegen Maßnahmen verstoßen oder das alle Maßnahmengegner AfD-Wählende seien, lassen sich mit unseren Daten daher nicht belegen“*, sagt Studieautor Christoph Richter. Dennoch legen die Ergebnisse nahe, dass die lokale politische Raumkultur ein wichtiger Faktor unter vielen weiteren ist, der das Inzidenzgeschehen in den Wellen maßgeblich mitbeeinflusst. Vor allem in Regionen, in

denen schon seit längerem die Wahl rechtsextremer Parteien auf eine zunehmende Normalisierung und Verbreitung rechtsextremer bzw. antidemokratischer Einstellungen hinweist, die AfD vergleichsweise große Wahlerfolge verzeichnete und erhöhte Nichtwählendenanteile von Demokratieskepsis bzw. -distanz zeugen, stiegen die Covid-19-Inzidenzen im Untersuchungszeitraum signifikant stärker an.

O-Töne der Autoren

Matthias Wjst (Helmholtz Institut München):

"Es ist erstaunlich, dass mit dem früheren Wahlverhalten hier ein Faktor relevant wird, der im Verhältnis zu vielen anderen demografischen Merkmalen, die wie geprüft haben, einen relativ hohen Einfluss auf das Pandemiegeschehen zu haben scheint."

Christoph Richter (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft):

„Die Befunde unterstreichen die zentrale Bedeutung des sozialen und politischen Vertrauens für den demokratischen Zusammenhalt, der insbesondere in Krisenzeiten stark herausgefordert ist.“

Axel Salheiser (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft):

„Besonders in den Regionen, in denen die demokratische Partizipationsbereitschaft niedrig und der Zuspruch zu Parteien der radikalen Rechten hoch ist, müssen bestehende zivilgesellschaftliche Strukturen noch stärker gefördert, ausgebaut und langfristig abgesichert und verstärkt für Vertrauen und für Impfungen geworben werden“.

Matthias Quent (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft):

„Die regionale politische Raumkultur ist ein entscheidender Faktor für das Inzidenzgeschehen. Unsere Studie untersucht die ersten zwei Wellen, aber ausgehend von diesen Ergebnissen ist die Annahme naheliegend, dass auch in der aktuellen vierten Welle und bei der mangelnden Impfbereitschaft rechte Einstellungen als Verstärker der Pandemie wirken könnten“.